

Wiener Gemeinderat und die diesjährigen Wahlen.

Der Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte hat am 16. Jänner d. J. die Gemeinderäte E m m e r l i n g, S t a r e t und R e u m a n n zum Bürgermeister W e i s s f i r c h n e r entsendet, um ihm folgende Forderungen zu unterbreiten:

Zweitens wären die ordentlichen Wahlen für den Gemeinderat durchzuführen, da die Mandate des ersten Wahlkörpers in diesem Jahre ablaufen. Gleichzeitig wären auch die notwendigen Ergänzungswahlen in jenen Wahlkörpern durchzuführen, in denen Mandate, sei es durch Ableben oder durch andere Umstände, freigeworden sind.

Die Forderungen des Klubs wurden mit dem Bürgermeister eingehend erörtert, wobei auch die infolge der Einköpfung der Schatzkassene notwendige Finanzoperation in Erwägung gezogen wurde. Der Bürgermeister konnte mitteilen, daß er wegen der Wahlen bereits mit dem Ministerpräsidenten in Fühlung getreten sei; er habe ihm brieflich mitgeteilt, daß angesichts des Krieges von der Durchführung von Wahlen abzusehen und eine Verlängerung der Mandatsdauer in Aussicht zu nehmen sei. Dazu biete — nach Ansicht des Ministerpräsidenten — der § 23 des Wiener Gemeindestatuts die Handhabe. Zudem sei schon dadurch, daß im allgemeinen die Mandate bis nach durchgeführten Neuwahlen auszuüben sind, für eine „automatisch eintretende Verlängerung“ der Mandatsdauer in den öffentlichen Vertretungskörpern vorgesorgt. Die Ansicht des Ministerpräsidenten fand in der Unterredung weder die ungeteilte Zustimmung des Bürgermeisters noch die unserer Genossen des gemeinderätlichen Klubs. Hingegen wurde die Frage erörtert, ob nicht über die Wahlen zur Vermeidung aufregender Wahlkämpfe Vereinbarungen mit dem Ziele der Wahrung des Bestandes der Parteien zu treffen wäre; es wurde hier volle Uebereinstimmung erreicht. Der Bürgermeister verständigte von dem Ergebnis der Unterredung den Obmann des Bürgerklubs Oberkurator Steiner und berief auch den Obmann der fortschrittlichen Parteien Dr. S e i n zu sich, um ihn in gleicher Weise zu informieren, damit beide die Beschlüsse ihrer Parteien einholen. Der Bürgerklub hat nun in seiner am 7. Februar abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bürgerklub fordert die Vornahme der auf Grund des Gemeindestatuts der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien fälligen Ergänzungsgemeinderatswahlen, und zwar unter der Bedingung, daß der Burgfriede und der Bestand der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien parteimäßig und bezirksweise aufrecht erhalten bleibt.

Die fortschrittlichen Gemeinderäte erklärten durch ihren Obmann Dr. S e i n, daß sie gegen die Durchführung der Wahlen, wohl aber für eine Verlängerung der Mandatsdauer auf Grund einer § 14-Berordnung seien!

Diesen ganz unbegreiflichen Standpunkt hielten sie auch in der gestern abgehaltenen Obmännerkonferenz anrecht, die über die Frage der Wahlen

schlüssig wurde. Sie erklärten, es werde durch die Wahlen ein Unrecht an ihre Wähler, die im Militärdienst stehen, verübt! Worin dieses Unrecht liege, konnten sie nicht angeben. Die lange Debatte, die sich an diese Erklärung angeschlossen, endete damit, daß der Bürgermeister zusammenfassend erklärte, Christlich-soziale und Sozialdemokraten seien einig, die legalen Wahlen auf Grund der Vereinbarung über die Wahrung des Bestandes durchzuführen. Die fortschrittlichen Gemeinderäte dagegen fordern Verlängerung der Mandatsdauer des ersten Wahlkörpers auf Grund eines kaiserlichen Patents. Er werde sich infolge dieses Beschlusses an die Statthalterei wenden, damit die Wahlen unverzüglich ausgeschrieben werden. Die Vertreter der fortschrittlichen Gemeinderäte in der Obmännerkonferenz wollen die Frage noch einmal ihrer Partei vorlegen, damit diese eine entsprechende Entscheidung treffe.

Nichts ist schwerverständlicher, als daß jeder absolutistische Ausweg vermieden und der Weg der Parteienvereinbarung beschritten wird, um über die Kriegszeit hinwegzuhelfen. In zahlreichen Fällen wurde in Deutschland der gleiche Vorgang gewählt.